

Frauenstimme

Voix des Femmes
Voce delle Donne

Gewalt

2/2021



Uns reicht's!

Für ein Frauenleben frei von Gewalt!



Femmes pour la Paix
Frauen für den Frieden
Donne per la Pace
Woman for Peace

Wir setzen uns ein

für zivile Friedensförderung

bei der Konflikte gewaltfrei durch Vermittlung und Verhandlung bearbeitet und die demokratischen Rechte aller Bevölkerungsteile gewährleistet werden

gegen die militärische und zivile Nutzung der Kernenergie

ein weltweites Verbot von Clusterbomben, wie es für chemische und biologische Waffen bereits gilt

für die Rechte von Frauen und Kindern

die Umsetzung der UNO-Resolution 1325, die eine Beteiligung der Frauen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens verlangt

für eine Demokratiekultur

die allen Bevölkerungsgruppen die Teilnahme an der Meinungsbildung und den Einfluss auf gesellschaftliche Entscheidungen ermöglicht

Frauen für den Frieden sind politisch und konfessionell unabhängig. Sie werden von Mitgliederbeiträgen und Spenden finanziert.

**Wollen Sie mehr über unsere Zielsetzungen und Aktionen erfahren?
Dann besuchen Sie uns auf unserer Homepage**

www.frauenfuerdenfrieden.ch

Titelbild

Kampagnen-Illustration «Uns reicht's! – Für ein Frauenleben frei von Gewalt!»
Quelle: verschiedene.

4	Editorial	Agnes Hohl
Schwerpunkt: Gewalt		
5	Sex ohne Zustimmung ist eine Vergewaltigung!	Fabienne Engler
8	Schweizerisches Menschenrechtsinstitut	Matthias Hui
11	Der volle Werkzeugkasten der Prävention	Charlotte Bhattarai
14	Das Leiden an Einsamkeit und Isolation	Doris Schindler
16	Digitale Gewalt ist reale Gewalt	Jolanda Spiess-Hegglin
Frauen für den Frieden Schweiz		
19	Neues aus dem Verein	Agnes Hohl
21	Trogener Sternmomente	Agnes Hohl
23	Good News	Francine Perret
25	Nachruf auf Heidi Maugué-Aebi	Agnes Hohl
26	Gewalt bleibt ein Thema	Esther R. Suter
Projekte		
30	New Profile, israelische antimilitaristische NGO	Cornelia Lehmann
Forum		
32	Das erste Flüchtlingsparlament der Schweiz	Sandra Gasser
Starke Frauen – mutige Frauen		
34	Jineth Bedoya	Cornelia Lehmann
35	Nawal El Saadawi	Gabriela Niane Sykora
36	Agnès Callamard	Gabriela Niane Sykora
Besprechungen		
37	Apeirogon	Cornelia Lehmann
38	Tödliche Medizin, organisierte Kriminalität	Doris Schindler
40	Menschlichkeit in Zeiten der Angst	Francine Perret
Kolumne		
41	Gewalt ist Gewalt ist Gewalt	Monika Stocker
42	Hinweise in eigener Sache	

Every life matters

Das Thema Gewalt ist kein einfaches, gerade weil es so häufig vorkommt. Ich denke, hier gilt es besonders genau hinzusehen. Denn die Gewalt soll nicht beschönigt werden, das wurde sie viel zu lange. Sie soll aber auch nicht zum Totschlagargument werden, mit dem jegliche Friedensbemühungen lächerlich gemacht werden sollen. Drei mögliche Kernsätze, die ich wage:



- Gewalt hinterlässt immer traumatische Spuren, auch auf der «siegreichen» Seite.
- Gewalt kann zur Verteidigung genutzt werden, meist ist dies aber nur ein Vorwand. Die Zuschreibung «gewalttätig» folgt häufig der Macht- und Interessenfrage und hängt auch vom jeweiligen Menschenbild ab.
- Gewaltlosigkeit hat nichts mit Passivität zu tun.

Dazu zwei neuere, zum Teil durchaus gegensätzliche Buchtipps: Judith Butler «Die Macht der Gewaltlosigkeit» (Alle Menschen müssen «beträuerbar» sein). Elsa Dorlin «Selbstverteidigung: Eine Philosophie der Gewalt» (Mit vielen Beispielen der Wirksamkeit).

Im aktuellen Heft berichten wir nicht zuletzt über die Rahmenbedingungen in Gesetzen und Institutionen zu Gewalt, aber auch über andere aktuelle Entwicklungen zu diesem Thema.

Liebe Grüße

Agnes Flohe

Sex ohne Zustimmung ist eine Vergewaltigung!

Die Schweiz revidiert derzeit ihr Sexualstrafrecht und die Zivilgesellschaft fiebert mit. Am 10. Mai 2021 ging die grösste Vernehmlassung in der Geschichte der Schweiz – gemessen an der Anzahl der eingegangenen Vernehmlassungsantworten – zu Ende. Das Gesetz muss endlich die sexuelle Selbstbestimmung besser schützen!

Fabienne Engler, Kampagnen Amnesty International Schweiz

Sexuelle Gewalt ist in der Schweiz verbreiteter als gedacht, der Handlungsbedarf für eine Reform des Sexualstrafrechts ist daher praktisch unangefochten. So kommt etwa eine Studie des Meinungsforschungsinstituts gfs.bern zum Schluss, dass 22 Prozent der in der Schweiz wohnhaften Frauen eigenen Angaben zufolge schon einmal ungewollten sexuellen Handlungen ausgesetzt gewesen sind. 12 Prozent erlitten Geschlechtsverkehr gegen den eigenen Willen. Rund die Hälfte der betroffenen Frauen (49 Prozent) gibt an, den Vorfall für sich behalten zu haben. 51 Prozent haben mit Freund*innen oder Personen aus dem Umfeld darüber gesprochen. Externe Unterstützung wird vergleichsweise kaum beansprucht. 11 Prozent haben Beratungsstellen aufgesucht, eine Meldung an die Polizei machten 10 Prozent der Betroffenen, Strafanzeige haben nur 8 Prozent der von sexueller Gewalt betroffenen Frauen erstattet. Doch wie-so ist das so?

Die wichtigsten Gründe, weshalb Frauen nicht zur Polizei gegangen sind, sind Scham (64 Prozent), das Gefühl, chancenlos zu sein (62 Prozent) und die Angst, dass man ihnen nicht glaubt (58 Prozent). Eine knappe Mehrheit von 51 Prozent gibt an, dass sie sich nicht sicher waren, ob sie überhaupt das Recht dazu hätten. Tatsächlich fallen heute viele Handlungen, die in der allgemeinen Wahrnehmung als Vergewaltigung gelten, nicht unter den Vergewaltigungstatbestand (Art. 190 StGB). In der Schweiz gilt nämlich nur ein vaginales Eindringen unter Gewalt oder Gewaltandrohung als Vergewaltigung. Der Realität entspricht diese Anforderung in keinem Mass. Die meisten Täter müssen keine Gewalt anwenden, da sie die Überforderung des Opfers und das Vertrauensverhältnis ausnutzen. Und auch Männer können Opfer von Vergewaltigung werden. Das geltende Recht wird der grossen Mehrheit der Übergriffe deshalb nicht gerecht.

Opferanwält*innen und Opferhilfestellen betonen immer wieder die Schwierigkeiten, denen Betroffene heute beim Zugang zur Justiz ausgesetzt sind. Oftmals müssen sie den Betroffenen erklären, dass eine Anzeige aussichtslos ist, weil nicht ausreichend psychischer Druck, Gewalt oder Bedrohung angewandt wurde und der Fall deshalb nicht in die aktuelle strafrechtliche Definition von Vergewaltigung (Art. 190) oder sexueller Nötigung (Art. 189) passt. Massive Eingriffe in die sexuelle Selbstbestimmung bleiben in der Schweiz regelmässig straflos. Für Amnesty International ist aber klar, dass die sexuelle Selbstbestimmung ein grundlegendes Menschenrecht ist und Sex die Zustimmung von allen Beteiligten braucht.

Amnesty International fordert deshalb in ihrer Vernehmlassungsantwort, dass jedes nicht-einvernehmliche Eindringen in den Körper einer anderen Person mit einem Körperteil oder Gegenstand als Vergewaltigung gelten soll. Das zentrale Element ist die fehlende Zustimmung. Dieser Ansatz, auch bekannt als 'Ja-heisst-Ja'-Ansatz, würde betonen, dass Sexualität kein Gut ist, das genutzt werden kann, solange niemand etwas dagegen hat, sondern, dass zuerst eine Einwilligung der anderen Person erforderlich ist.



Amnesty-Demo zur Sexualstrafrechtsreform

Bedauerlicherweise entspricht der Gesetzesvorschlag, der derzeit auf dem Tisch liegt, diesem Grundsatz noch nicht. Statt nicht-einvernehmlichen Geschlechtsverkehr als Vergewaltigung anzuerkennen, soll ein neuer, separater Straftatbestand «sexueller Übergriff» (neu Art. 187a StGB) geschaffen werden, der sexuelle Handlungen gegen den Willen einer Person oder durch Überraschung erfassen soll. Das Problem dabei ist folgendes: Indem dieser Gesetzesentwurf nicht-einvernehmliche vaginale, anale und orale Penetrationen als «sexuellen Übergriff» charakterisiert, wird eine Art «unechte Vergewaltigung» geschaffen, die mit einer dreimal geringeren Strafe geahndet wird. Art. 187a erweckt den Anschein, nicht-einvernehmliche sexuelle Handlungen ohne Nötigungsmittel seien per se weniger gravierend. Dem widerspricht Amnesty International vehement, denn die langfristigen Folgen für die Betroffenen sind genauso schwerwiegend wie nach einer Nötigungshandlung. Ein weiteres Grundproblem bleibt bestehen: Wenn ein Opfer nicht fähig ist, sich zu wehren, muss die Täterschaft gar keine Gewalt anwenden. Es bleibt also indirekt am Wehrverhalten des Opfers hängen, ob es sich um eine Vergewaltigung (Art. 190) oder einen sexuellen Übergriff (neu Art. 187a) handelt.

Im Sommer kann die ständerätliche Rechtskommission den Gesetzesvorschlag aus der Vernehmlassung noch verbessern. Amnesty International fordert, dass die Kommission auf die Einführung eines neuen Straftatbestands verzichtet und stattdessen jeden Geschlechtsverkehr ohne Zustimmung als Vergewaltigung definiert. Der Gesetzgeber hat somit die Gelegenheit, ein modernes Sexualstrafrecht zu schaffen, welches unmissverständlich klarstellt, dass das grundsätzliche Unrecht nicht in der Nötigung oder der Gewalt liegt, sondern in der Missachtung der sexuellen Selbstbestimmung. Es ist an der Zeit, dass die Schweiz die Zeichen der Zeit erkennt und zum 14. europäischen Land wird, in dem Sex ohne Zustimmung als Vergewaltigung gilt.

Die Schweiz braucht eine starke Nationale Menschenrechtsinstitution

Die Welt steht an einer Wegscheide: Können Schutz und Förderung der Menschenrechte gegen massive Widerstände gestärkt werden, oder erodieren grosse Errungenschaften? Auch die Schweiz steht vor Entscheidungen. 1993 schafften es 171 Staaten, eine Weltkonferenz für Menschenrechte in Wien einzuberufen. Es sollten, so hiess es in der Schlusserklärung und in der anschliessenden Resolution der UNO-Generalversammlung, überall «Nationale Institutionen zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte» geschaffen werden.

Matthias Hui, NGO-Plattform Menschenrechte Schweiz / humanrights.ch

Umfassendes Mandat, konkrete Schwerpunkte

Was beschlossen wurde, hat sich in den meisten Staaten durchgesetzt – und unterdessen sehr bewährt. Frankreich beispielsweise hatte schon 1947 eine «Commission nationale consultative des droits de l'homme» gegründet. Nun wurde diese Einrichtung an die UNO-Richtlinien von 1993 angeglichen. Diese «Pariser Prinzipien» für Nationale Menschenrechtsinstitutionen (NMRI) verlangen eine gesetzliche Verankerung, ein umfassendes Mandat, ausreichende Infrastruktur und Finanzierung, die garantierte Unabhängigkeit gegenüber der Regierung, eine pluralistische Vertretung der gesellschaftlichen Kräfte sowie die Zugänglichkeit für besonders verletzte Gruppen.

Die NMRI in Liechtenstein zeichnet sich jüngst durch eine rechtliche Analyse der 24-Stunden-Pflege von betagten Menschen aus mit einem Fokus auf dem Aufenthalts- und Arbeitsrecht für Care-Migrantinnen. Das Fürstentum finanziert seine Institution mit gut zehn Franken pro Einwohner*in; übertragen auf die Schweiz ergäbe das ein Budget von 80 Millionen Franken.

Sechs Aufgaben für die NMRI

In diesem Herbst kommt der Gesetzesentwurf des Bundesrats ins parlamentarische Verfahren. Im Gesetz werden sechs Aufgaben formuliert: Die NMRI ist erstens zuständig für Information und Dokumentation der Menschenrechtsslage in der Schweiz. Sie soll aufzeigen, wo der Staat bei der Umsetzung der internationalen Menschenrechtsabkommen steht und welche Lücken im Diskriminie-

nungsschutz geschlossen werden müssen – etwa beim Schutz von älteren Menschen, Sans-Papiers oder gehörlosen Menschen. Zweitens schreibt der Bundesrat fest, dass die NMRI praxisorientierte Forschung im Blick auf Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltungspraxis betreibt. Das betrifft auch neue menschenrechtliche Fragestellungen bei der digitalen Überwachung oder dem öffentlichen Beschaffungswesen. Die Beratung der Verwaltung, auch von Kantonen und Gemeinden, sowie der Wirtschaft und von zivilgesellschaftlichen Organisationen ist eine dritte zentrale Aufgabe der NMRI. Hier geht es etwa um die menschenrechtsverträgliche Ausarbeitung von Massnahmen gegen die Corona-Pandemie oder die Umsetzung der Rechte von Kindern oder Menschen mit Behinderungen.

Viertens sieht das Gesetz vor, dass die NMRI die Zusammenarbeit zwischen allen Akteur*innen im Menschenrechtsbereich fördert und damit Doppelspurigkeiten vermeidet. Das ist beispielsweise bei der Koordination der Polizeiausbildung bezüglich der Menschenrechte oder zur Umsetzung von sozialen Rechten etwa von Armutsbetroffenen notwendig. Die Sensibilisierung der Öffentlichkeit sowie Menschenrechtsbildung auf allen Stufen bilden das fünfte Arbeitsfeld der NMRI. Dabei ist vom Schulbereich bis zur Weiterbildung von Fachpersonen im Strafvollzug oder der Psychiatrie ein breites Zielpublikum angesprochen. Schliesslich gehört der internationale Austausch mit Partnerinstitutionen zu den Aufgaben.

NMRI in der Coronapandemie

Die Coronapandemie wirft ein Schlaglicht auf den Nutzen unabhängiger Menschenrechtsinstitutionen. NMRI haben in vielen Staaten eine bedeutsame Rolle übernommen. Die gegenwärtige Krise zeigt auch in der Schweiz, wie verletzlich der Schutz der Grundrechte ist und wie wichtig dabei eine unabhängige Institution für die Öffentlichkeit, aber auch für die kritische Beratung von Bund, Kantonen und Gemeinden sein kann.

Im Bereich des Schutzes der Gesundheit von älteren Menschen hat sich gezeigt, wie rasch das Recht auf Selbstbestimmung potenziell unreflektiert und unverhältnismässig eingeschränkt werden kann. Die COVID-19-Pandemie hat vorhandene Diskriminierungen verletzlicher Personengruppen akzentuiert und neue geschaffen. Es braucht stärkere Anstrengungen gegen Gewalt an Frauen und

häusliche Gewalt wie auch für die Gleichstellung der Geschlechter. Die Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit wurde teils eingeschränkt, ohne dass eine unabhängige und transparente Überprüfung der Verhältnismässigkeit dieser Massnahmen stattgefunden hätte.

Menschenrechtsstaat Schweiz braucht eine glaubwürdige NMRI

Die Vorlage des Bundesrats weist die Richtung. Ein Stolperstein liegt in der Finanzierung: Mit dem in der Botschaft vorgesehenen Betrag von 1 Mio. CHF ist die NMRI ausserstande, das vom Bundesrat formulierte Mandat auch nur annähernd umzusetzen. Die Resultate wären für alle Seiten enttäuschend, die NMRI würde wohl keinen A-Status der UNO erhalten und zu einer Alibiinstitution verkommen. Der Menschenrechtsstaat Schweiz mit der Menschenrechtsstadt Genf würde auf internationaler Ebene seine Glaubwürdigkeit aufs Spiel setzen. Zur Erfüllung des Gesetzesauftrags ist eine Grundfinanzierung in der Höhe von 5 Mio. CHF erforderlich.

Nachtrag: Die Menschenrechtsorganisationen in der Schweiz begrüssen den sehr deutlichen Entscheid des Ständerats zur Schaffung einer Nationalen Menschenrechtsinstitution. Er hat sich mit 34:7 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) für die Vorlage des Bundesrats ausgesprochen. Verglichen mit anderen europäischen und weiteren Ländern erhält die Schweizer NMRI allerdings einen eher bescheidenen Auftrag. Der Nationalrat wird dafür sorgen müssen, dass ein offener Aufgabenkatalog im Gesetz verankert wird.

Der volle Werkzeugkasten

Gedanken zur Gewaltprävention

An meinem Herd klemmte ein Knopf. Der bestellte Handwerker kramte in seinem Werkzeugkasten, holte einen Hammer heraus und hämmerte auf den Knopf, bis ein Stück Plastik auf dem Boden lag. Ratlos warf er das Gerät zurück in den Kasten und sagte: «Vermutlich geht jetzt gar nichts mehr.» Der Blick in den Werkzeugkasten erklärte, wieso er den Hammer einsetzte: Das einzige Werkzeug im Kasten war dieser abgegriffene Hammer. Was, wenn es sich nicht um einen Koch,- sondern um einen Konflikt-herd handelt? Wenn das betroffene Land seinen Werkzeugkasten hervorholt, darin nur ein einziges Werkzeug findet und dieses, aus Mangel an einer Alternative, einsetzt?

Charlotte Bhattarai IFOR-MIR Schweiz

Die Standardausrüstung der Werkzeugkästen fast aller Länder ist eine Armee. Die Staaten, deren Kasten nur eine Armee beinhaltet, schicken die Armee, um Konflikte, egal welcher Art, anzugehen. Vielleicht gelingt es mit militärischen Mitteln, einen Waffenstillstand zu erreichen. Ein erzwungener Waffenstillstand ist, wie wenn jemand einen Deckel auf den Topf mit kochendem Wasser legt. Sind die Ursachen des Gewaltausbruchs noch vorhanden und die Bedürfnisse der Beteiligten nicht befriedigt, brodelt der darunterliegende Konflikt weiter. 45% der Staaten, die einen internen bewaffneten Konflikt erleben, fallen innerhalb der nächsten 5 Jahre wieder in einen bewaffneten Konflikt.

Erstaunt Sie die hohe Rückfallquote?

So frage ich Sie: Wie viele Leute kennen Sie mit einem Master in «Peace-Building»?

Als Patient*innen können wir davon ausgehen, von einer ausgebildeten Ärztin behandelt zu werden. Bei Konflikten scheint jede Ausbildung Politiker*innen dazu zu berechtigen, die Diagnose einer Konfliktsituation selber zu stellen und ein Werkzeug für die Therapie auszuwählen. Bei einem einzigen Werkzeug mag die Auswahl nicht schwierig sein, die Folgen sind jedoch oft katastrophal.



Ildar Abdulkharov/Stock

Es geht nicht darum, Konflikte zu vermeiden, sondern zu verhindern, dass sie in Gewalt umschlagen. Obwohl Konflikte vermutlich existieren, seit sich die ersten Menschen begegneten, werden wir noch immer ohne die Fähigkeit, Konflikte zu lösen, geboren. «Wenn schon nicht angeboren, dann wenigstens so früh wie möglich lernen», sagten sich ein paar Norweger*innen, als sie zwei Kinder beobachteten, die um einen Teddybären stritten, und sie gründeten den **SABONA Kindergarten**. Schlägt ein Kind aus dem besagten Kindergarten ein anderes, wird es von der Lehrperson nach dem Warum gefragt. Ist die Absicht des Kindes akzeptabel, möchte das Kind z. B. mitspielen, zeigt sie ihm einen anderen Weg, wie es zu seinem Ziel kommt, etwa durch höfliches Fragen. Ist das Kind mit dem Umgangston noch nicht vertraut und antwortet es: «Weil ich dem Tom weh tun will», wird sie dem Kind helfen, sein Verhalten so anzupassen, dass es vertretbar ist.

Wer auf Kindergartenstufe begonnen und sich altersgerecht ständig komplexeren Konflikten gewidmet hat, wird am Ende seiner Schulzeit nicht nur lesen können, sondern ganz selbstverständlich die erlernten Konfliktlösungsfähigkeiten einsetzen. Es scheint mir jedoch, dass gewisse Regierungen nicht über

das Niveau der Teddybär-Frage hinausgekommen sind und den Unterschied zwischen Ziel und Mittel nicht verstanden haben.

Costa Rica jedoch hat vor rund 60 Jahren seine Armee aus dem Werkzeugkasten geworfen. Stattdessen rüstete es sich mit einer Friedensuniversität aus und exportiert Friedensfachleute.

Die grösste Chance auf eine gewaltfreie Konfliktlösung besteht in den Anfängen. Deshalb brauchen wir Fachleute, die auch minimalste Veränderungen an der Oberfläche eines Konfliktes erkennen, deuten und entsprechend handeln können. Konflikte zu lösen, erfordert Analysefähigkeit, Intelligenz, Phantasie, Empathie sowie vernetztes und unkonventionelles Denken. Gesellschaftliche Entscheidungsträger*innen sollten das ABC der friedlichen Konfliktlösung beherrschen. Die Realität zeigt leider eher Konflikt-Analphabet*innen bei der Arbeit.

Um eine Gesellschaft 'Konflikt-fit' zu machen, braucht es neben Friedensfachleuten uns alle und eine umfassende Friedensbildung von klein auf. Prävention von Gewalt entsteht durch aktiv gelebte Gewaltfreiheit. Dazu gehört auch, dass wir die Kreativität fördern nach dem Motto «think outside the box» – «ausserhalb des Standard-Werkzeugkastens denken». Denn viele Ideen bedeuten viele Chancen für Ansätze zur Konfliktlösung.

Im Internet sah ich auf einem Video, wie ich den Herdknopf hätte flicken können. Hätte – mein Herd ist immer noch in Reparatur. Wieso gibt es keine Onlinedatenbank mit gewaltfrei gelösten Konflikten? Wenn ein neuer Konflikt entsteht, haben irgendwo auf der Welt andere Menschen einen vergleichbaren erfolgreich gelöst und könnten ihr Wissen teilen.

Füllen wir alle Werkzeugkästen mit Methoden zur gewaltfreien Konfliktlösung! Werkzeuge ausleihen ist erwünscht, damit wir alle am weltweiten Reichtum an Methoden und Ideen teilhaben, sie vor Ort anpassen, ergänzen und weiterentwickeln können.

Quelle zu 45% der Staaten, die einen internen bewaffneten Konflikt erleben und wieder in einen bewaffneten Konflikt innerhalb der nächsten 5 Jahre fallen: Chataigner Jean-Marc, Magro Hervé «États et sociétés fragiles» Entre conflits, reconstruction et développement Paris, France: Éditions Karthala 2007.

Das Leiden an Einsamkeit und Isolation

Im Kontext struktureller Gewalt liest man immer öfter über die folgenschweren Konsequenzen von Isolation und Einsamkeit. Mit der zunehmenden Individualisierung in westlichen Gesellschaften, geprägt durch Brüche im Beruf wie auch im Privat- und Familienleben, ist die soziale Einbettung der Menschen keine Selbstverständlichkeit mehr. Vor allem die Einsamkeit im Alter wird zu einem immer grösseren gesellschaftlichen Problem, welches von den Medien breit rezipiert und auch politisch zur Kenntnis genommen wurde.

Doris Schindler



profita-deutschland.de

Mit dem Alter steigt der Anteil der Personen, die über keine Vertrauensperson mehr verfügen. Je älter wir werden, desto kleiner wird das soziale Netz, Familienangehörige und Freund*innen sterben, Mobilität und Funktionalität nehmen ab. Kommen finanzielle Hindernisse hinzu, ziehen sich ältere Menschen oft zurück. Die Pension reicht nicht für Ausflüge, Mitgliederbeiträge oder auch nur einen Kaffee im Restaurant.

Psycholog*innen sprechen von Einsamkeitsepidemien in westlichen Ländern. Staaten wie Deutschland, Grossbritannien, Dänemark oder Australien haben Kampagnen gegen die soziale Isolation lanciert und eine eigentliche Einsamkeitspolitik formuliert. Grossbritannien richtete 2019 ein Ministerium für Einsamkeit ein.

In der Schweizer Bevölkerung ist das Risiko, frühzeitig zu sterben, bei sozial isolierten Personen 2 bis 5 Mal höher als bei jenen, die gut integriert sind.

Der Mensch ist ein ultrasoziales Wesen. Das Eingehen zwischenmenschlicher Bindungen gehört zu seinen fundamentalsten Bedürfnissen. Wenn wir mit Menschen zusammen kommen, tauschen wir nicht nur verbal Informationen aus. Wir geben einander Impulse, wir reagieren elektrisch, biochemisch, hor-

monell. Wenn wir einander nahe sind, verändert uns das psychisch und physisch, wir schaffen die Grundbedingung für ein starkes Immunsystem, das nachhaltig betrachtet das Wirksamste gegen alles Krankmachende ist, auch gegen Viren.

Grossangelegte Studien zeigten auf, dass soziale Unterstützung und Integration die Risiken für Herz-Kreislaufkrankungen, Krebserkrankungen und Infektionskrankheiten senken. Soziale Kontakte haben einen direkten Einfluss auf physiologische Prozesse, wie beispielsweise auf den Hormonspiegel, die Immunabwehr oder Entzündungsprozesse.¹

Als Folge sozialer Isolation treten auch Depressionen und Angststörungen auf und bereits vorhandene Symptome von psychischen Störungen verschlimmern sich.

Die Isolation und angeordnete Distanz zu Freund*innen und Verwandten durch die Covid-19 Massnahmen haben die unmenschlichen Lebensbedingungen von (alten) Menschen nochmals dramatisch verstärkt und für viele ein unerträgliches Mass angenommen.²

Bewohner*innen von Alters- und Pflegeheimen wurden durch strikte Verbote von Besuchen, Anordnungen erzwungener Distanz und Verordnungen militaristisch anmutender Hygieneregeln, als Fürsorge deklariert, drangsaliert. Sie wurden nicht gefragt, ob sie diesen vermeintlichen Schutz zu ihrem Wohl überhaupt wünschen. Allermenschlichste Bedürfnisse nach Nähe und Geborgenheit wurden während dieser Pandemie zusehends negiert und als gefährlich bezeichnet.



deutschlandfunkkultur.de/finago images, epd

Kürzlich wurde im Nationalrat über ein Postulat von grünliberaler und sozialdemokratischer Seite abgestimmt, welches den Bundesrat aufforderte, auf die soziale Isolation eines beträchtlichen Teils der Schweizer Bevölkerung zu reagieren und ein Strategiepapier gegen die Einsamkeit auszuarbeiten. Es wurde auf Empfehlung des Bundesrates vom Parlament abgelehnt.

¹ *Soziale Ressourcen als Gesundheitsschutz; OBSAN Dossier 27; N. Bachmann*

² *«Swiss Survey65+»; Gesamtschweizerische Befragung zur Gestaltung der nachberuflichen Lebensphase*

Digitale Gewalt ist reale Gewalt

Mit dem Siegeszug sozialer Medien hat gleichzeitig eine massive Zunahme an Hass im Netz stattgefunden. Digitale Gewalt kann grossen Schaden anrichten. Diffamierende Inhalte verbreiten sich in Windeseile im Netz und sind fast nicht mehr löscher. Betroffene werden ein Leben lang davon verfolgt. Im Gegensatz zum «klassischen» Mobbing, welches für sich bereits eine grosse Lebensherausforderung für Betroffene darstellt, gibt es kaum ein Entkommen vor den Attacken im Internet – sie erreichen ihre Opfer überall.

Jolanda Spiess-Heggin

Besonders schwer trifft es die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft.

Hatespeech hat sehr wohl massive Auswirkungen auf die reale Welt. Im schlimmsten Fall können solche Hetzjagden in realen Gewaltakten enden: Mit dem Mord an CDU-Politiker Walter Lübke († 2019) und dem Cybermobbing an Céline Pfister (13 Jahre, Spreitenbach, † 2017 nach Suizid). In Wien hat Ende April 2021 ein Mann, welcher vorgängig mehrmals durch Onlinebeschimpfung, -belästigung und -bedrohung gegenüber Frauen - auch gegenüber einer Politikerin – aufgefallen war, offenbar seine Ex-Freundin erschossen.

Aus Frauenhass im Internet wurde ein Femizid.

Hass im Netz ist eine grosse Bedrohung

Menschen, welche nichts falsch gemacht haben, insbesondere Minderheiten und Schwächere, werden von mobilisierten Gruppierungen online gejagt, blossgestellt, Frauen* werden auf ihre Sexualität reduziert und als Objekte dargestellt, virtuell hingerichtet. Die Verbreitung manipulierter pornografischer Bilder bekannter und unbekannter Frauen* ist zu oft ein Garant dafür, dass für die betroffene Frau* der Rückzug der einzige gangbare Weg ist.

Kaum eine Frau*, welche sich auf Social Media mitteilt, die nicht regelmässig ungefragt Penisbilder von Unbekannten zugeschickt bekommt. So zeigt sich die aktuelle Situation. **Und dies ist nicht in Ordnung.** Es braucht niederschwellige Unterstützung und Gegensteuer und es braucht vor allem einen adäquaten Umgang mit Betroffenen.

Hass im Netz hat nicht nur negative Auswirkungen auf Einzelne, sondern in seinem grossen Ausmass auch auf die Gesamtgesellschaft und die Kommunikation untereinander. ***Unsere Demokratie erodiert, wenn sich Menschen nicht mehr trauen, ihre Meinung zu sagen und ihnen signalisiert wird, dass sie leise sein sollen.***

Nicht nur in geschlossenen Foren, auch in offenen Kommentarspalten unter Medienartikeln wird Angst geschürt und Frauen-, Ausländer- und religiös motivierter Hass verbreitet, wobei viele Hassler mit eigenen Ängsten argumentieren. So entsteht also ein reproduzierendes und sich selbst nährendes System von Hass. Algorithmen, welche Kommentarspalten kontrollieren, erkennen aber beispielsweise Misogynie nicht.



Jolanda Spiess-Hegglin

Die Hemmschwelle der Täter*innen sinkt aufgrund der räumlichen Distanz und Anonymität im Netz. Diese Distanz, welche durch die Annahme imaginärer Identitäten verstärkt werden kann, stachelt Menschen zu direkter und schrankenloser Hetze im Internet an, wie es viele im realen Leben nicht tun würden. Die Enthemmung im Internet ist grösser, die Beleidigungen sind härter. Dies belegen nicht nur Studien, ein Blick in die Kommentarspalten der grossen Newsportale der Schweiz reicht. Die Situation ist sehr beängstigend.

Noch nie wurden so viele Ehrverletzungsdelikte angezeigt wie heute. Social-Media-Delikte erreichen in der neusten Kriminalstatistik Höchstwerte.

Jede*r Internetnutzer*in kann die Beleidigungen lesen und weiterverbreiten. Und: Das Netz vergisst nicht. Jahre später lassen sich die Anfeindungen noch finden.

Was nach diesen Ausführungen erstaunt:

Es gibt in der Schweiz noch keine offizielle, vom Bund betriebene und von der Opferhilfe anerkannte Beratungsstelle für Betroffene von Cybergewalt. Weder in der Deutschschweiz, noch in der Romandie, noch im Tessin.

Doch es gibt den zivilgesellschaftlich organisierten und gemeinnützigen Verein #NetzCourage, welcher sich durch Mitgliederbeiträge, Spenden und projektbezogene Beiträge finanziert.

Die #NetzAmbulanz des Vereins #NetzCourage wurde vor drei Jahren aus der Not heraus als Pionierinnenprojekt ins Leben gerufen und hilft bei digitalem Hass.

Mit unserem Erfahrungsrucksack können wir Angegriffenen und Betroffenen von Internethass eine erste Anlaufstelle bieten, wo sie Schutz und Hilfe finden. **Die #NetzAmbulanz begleitet Betroffene durch die persönliche Extremsituation und entlastet sie.** Die Entlastung ist wichtig, denn es ist nicht in Ordnung, dass sich Betroffene im Alltag auch noch um die Aufarbeitung dieses Hasses kümmern müssen. Sich ohne Nebengeräusche der Arbeit zuwenden zu können, soll kein Privileg sein, sondern Selbstverständlichkeit. **Wir unterstützen Angegriffene bei ihrer Abwehr- und Kommunikationsstrategie** und können dabei ihre Perspektive einnehmen, denn unsere eigenen Erfahrungen mit digitaler Gewalt fließen in die Organisation mit ein. Gemeinsam mit externen Spezialist*innen unterstützen wir Betroffene beim Verarbeiten von Hass, helfen beim Aussortieren und Sichern von Beweismaterial und bei der Nachbearbeitung.

Die Beratung und Betreuung ist für Betroffene kostenlos, egal welches Ansehen, welche Meinung oder welchen Hintergrund die Hilfesuchenden mitbringen.

Digitale Gewalt mag ein neues Phänomen sein, Diskriminierung dagegen nicht. Hass im Netz bekämpfen heisst nicht nur, Freiheit für sich zurückzuholen. Es heisst auch, ein Stück Meinungsfreiheit für andere zu erkämpfen.

Neues aus dem Verein

Agnes Hohl

Der Vorstand wird sich erst Ende August wieder treffen, dann vermutlich wieder im angestammten Sitzungsraum.

Das Fundraising für die Frauenstimme zeigt erste erfreuliche Ergebnisse, wir haben von zwei Quellen je 4000 Franken erhalten. Zudem haben wir eine neue Druckerei gefunden, die deutlich günstiger ist, die Maxiprint AG in Zug. Sie ist zwar nicht spezialisiert auf Zeitschriftendruck, aber die Qualität ist zufriedenstellend.

Durch die neuen Kräfte in der GSoA hat sich die Zusammenarbeit zwischen Klimaaktivist*innen und friedenspolitisch Aktiven verstärkt, die Sitzung am 5. Mai fand in einer interessanten Besetzung statt: Jonas Kampus, Nadia Kuhn, die Klimaseniorinnen, Friedensfrauen weltweit, Frauen für den Frieden, Jo Lang und einige Neue, Junge wie Alte. Es gab am 21. Mai 2021 in Zürich bei der Firma Rheinmetall, in Bern beim VBS und in Genf bei multinationalen Konzernen gleichzeitige Aktionen (siehe Bild). «Gegen Krieg und Klimakrise» war das Motto.



Apropos Flugzeuge, die Vorbereitungen für eine eventuelle neue Initiative gegen amerikanische Kampffjets sind bereits gestartet und auch betreffend Korrekturinitiative zu den Waffenexporten gibt es bald Neues.

Auswertung «Dialog»: Marlyse und Heinrich Thommen haben eine Synthese zu den Veranstaltungen erstellt, auch im Namen der «Integralen Politik Nordwestschweiz». Die vier Anlässe waren lebendig und informativ. Teilnehmende waren zwei klassische Gewerkschaften, Travail Suisse und UNIA, sowie eine unabhängige, die Interprofessionelle Gewerkschaft für Arbeiter*innen aus Basel. Sie führten ihre Dialoge mit Vertreter*innen der FfDF, des Friedensrates und der GSoA. Der Clinch zwischen Erhaltung von Arbeitsplätzen und deren wirtschaft-

licher Sinnhaftigkeit dürfte jetzt im Aufschwung noch deutlich zunehmen, nicht nur bei der Waffenproduktion, die ja auf tiefem Niveau liegt, sondern auch bei den Fluggesellschaften etc. Eine Fortsetzung der Dialogreihe, die geplant ist, dürfte schwieriger, aber nicht weniger lohnend werden.

Auf die Zielkonflikte einer nachhaltigen Entwicklung will auch die **«Agenda 2030»** vermehrt eingehen. Bei der online abgehaltenen Jahresversammlung zeigte sich, dass der Bund bzw. das zuständige Amt für Raumentwicklung ARE jetzt langsam in die Gänge kommt und die Grundsätze in die Verwaltung und Gemeinden tragen kann. Ende September/Anfang Oktober wird viel los sein. Auch der Verein **«Plattform Agenda 2030»** entwickelt neue Ideen und will 16 Teilbereiche anschaulich machen. So gibt es zum Beispiel in Bern als Pilotprojekt einen Stadtrundgang. Die Plattform zählt aktuell rund 50 Mitglieder, darunter die FfdF. Es dauert ja auch nur noch neun Jahre bis 2030!

Die nächste **«Friedenszeit»** findet am 25. September 2021 am Stauffacher in Zürich statt. Hauptthema ist der 26. September, der Tag für die Abschaffung der Atomwaffen, daneben die Agenda 2030 und weitere. Es sollen auch die **«Mayors for Peace»** aktiviert werden, zu denen auch Basel und Zürich gehören, also Beat Jans und Corine Mauch. Dies übernimmt Ueli Wildberger, der auch dieses Jahr wieder den Anstoss zur Aktion gegeben hat.

Frauen*session

Auf grosses Interesse stösst die für 26.–29. Oktober geplante Frauen*session sowohl beim Publikum als auch bei den Teilnehmer*innen, die noch gewählt werden müssen.

Auch sehr ansprechend ist das ausführliche Programm zum **«Ilanzersommer»** vom 8. bis 14. August. Es ist soeben unter www.ilanzersommer erschienen. Zu finden ist: Prominenz, Einkehr, Wandern, Austausch, Musik und anderes mehr.

Trogener Sternenmomente

Was gibt es Neues und Spannendes im Kinderdorf Pestalozzi? Führt die Schweiz die Friedenszeit ein? Wie erreichen wir eine Umpolung von einer Gewalt- zu einer Friedenskultur? Gab es eine feministische Revolution im EDA? Wird das Atomwaffenverbot vielleicht doch noch unterzeichnet?

Agnes Hohl

Das waren einige der spannenden Fragen, die am Samstag, 5.6.2021 in Trogen im Kanton Appenzell Ausserrhoden zur Sprache kamen. Dort trafen sich rund 40 Frauen und Männer zur 4. Schweizerischen Friedenskonferenz, organisiert von den Frauen für den Frieden Schweiz (die dafür letztes Jahr den Friedensstab übernommen hatten), dem Schweizerischen Friedensrat und der WILPF, unterstützt durch das Kinderdorf.

Alles (ausser das Wetter) spielte perfekt zusammen: Das Ziel der Konferenz, einen vertieften Austausch innerhalb der Friedensszene Schweiz zu ermöglichen, wurde erreicht.

Der Tag begann mit den Ausführungen von Marcel Henry, Leiter Ausstellungen, über die Ursprünge des Tagungsortes: Walter Robert Curti suchte seit einem Besuch auf dem Stifserjoch kurz nach dem Ersten Weltkrieg nach neuen Wegen der Friedensvermittlung, in Trogen konnte er sie umsetzen. Heute sollen neben den primären Bemühungen um Kinderrechte und Präsenz der Jugend auch jene um Frieden wieder stärker in den Fokus rücken.



Podium mit A. Sancar, S. Iseli und P. Seiler Graf, Foto: Diana Schenkel

Einen recht speziellen Fokus nimmt auch die «Schweizer Armee für Gemeinschaft und Frieden» ein, die durch Noemi Scheurer, Linda Bühlmann und Olivia Schneider vertreten war. Auch sie möchten die Schweiz und die Armee (die bekannte) transformieren. Dazu beamten sie das ganze Publikum ins Jahr 2038, in dem alle in der Schweiz länger Anwesenden das Anrecht (aber auch die Pflicht) auf 1000 Stunden Friedenszeit haben. (Auf die vielen liebevoll ausgearbeiteten Details kann hier nicht eingegangen werden, es wird demnächst eine Auswertung geben, wir berichten wieder). Aber 2038 'fand' eben auch wieder eine Friedenskonferenz in Trogen 'statt'...

Dann wurde es wieder realpolitischer, mit dem Referat von Priska Seiler Graf, Nationalrätin der SP, die unterdessen eine ausgewiesene Expertin in Sicherheitsfragen ist. Trotz der 'Fast-Ablehnung' der Kampffjets hat das VBS zu ihrer Enttäuschung keinen Wank getan. Besser sieht es bei der Korrekturinitiative aus, wo der Ständerat tatsächlich ein Schlupfloch geschlossen hat. Wichtig sind ihr (und uns) gute Beziehungen zwischen Friedens-NGOs und dem Parlament, das soll nicht vergessen werden.

Auch die militärische Friedensförderung war ein Thema, nicht zuletzt beim zweiten Gast, Seline Iseli Ouedraogo. Das ist nicht verwunderlich, denn sie ist stellvertretende Leiterin der Abteilung Globale Sicherheit im EDA. Und sie hat eine Chefin über sich. Den starken Anstieg von Kaderfrauen hat sie zur Revolution ausgerufen. Natürlich steht sie auch klar für internationale Kooperation, zivil wie bei quasi-militärischen Bündnissen wie Schengen oder Partnerschaft für den Frieden sowie für eine Beteiligung von Frauen. Wie entscheidend ist der Prozentanteil von Frauen in Institutionen oder kommt es mehr auf ihre Haltungen an?

In der Diskussion mahnte Jonas Jäggi von der Schweizerischen Friedensbewegung eine kritische Öffentlichkeit und die Machtfrage an, Ruth Gaby Vermot forderte eine Armee ohne Frauen (bzw. keine Armee) und laut Seline Iseli könnte der Bundesrat eventuell noch über das Atomwaffenverbot diskutieren.

Ein reichhaltiger Apéro schloss den gelungenen Tag ab. Herzlichen Dank an das Kinderdorf und auch dessen Küche, an die Referent*innen, an die Organisatorinnen und an das Publikum. Vermutlich auf ein Wiedersehen im nächsten Jahr!

www.pestalozzi.ch
info@sagf.ch

Good News

Francine Perret

Das Bundesgericht hat Beschwerden gegen Interventionen von Seiten der Kirchen im Abstimmungskampf um die Konzernverantwortungsinitiative (KOVI) als gegenstandslos abgewiesen.

Die Emotionen gingen im Abstimmungskampf um die KOVI im Herbst 2020 hoch – auch Landeskirchen, Kirchgemeinden und Pfarreien engagierten sich und empfahlen die Initiative zur Annahme, was für Diskussionen zum Thema «Gibt es für die kirchliche Beteiligung an Abstimmungskämpfen Grenzen?» sorgte und zu einer Beschwerde von Vertreter*innen der Jungfreisinnigen Schweiz führte. Das Bundesgericht ging nicht darauf ein, weil die Initiative abgelehnt worden sei. (Mit 50.7% sagte eine knappe Mehrheit der Schweizer Bevölkerung JA zur KOVI, doch die Vorlage scheiterte am Ständemehr). Damit seien die Beschwerden gegenstandslos geworden.

Das Initiativkomitee will weiter für das Thema kämpfen. Kirchliche Vertreter unterstützen das Vorhaben.

Quelle: Kirche heute – Bundesgericht zu Kirchen und KOVI, 08.04.2021.



Das Pfarrei- und Begegnungszentrum Dreikönig in Füllinsdorf ist eines der kirchlichen Gebäude, an denen sichtbar für die KOVI Stellung bezogen wurde. | © Verein Konzernverantwortungsinitiative

USA: Virginia schafft Todesstrafe ab

Der Gouverneur des US-Bundesstaats Virginia, Ralph Northam, hat am 24.3.2021 ein Gesetz zur Abschaffung der Todesstrafe unterzeichnet. Virginia ist damit der 23. US-Staat und der erste Südstaat, der die Todesstrafe abgeschafft hat. Kristina Roth, Senior Advocate für Strafjustizprogramme bei Amnesty International USA, sagt zu diesem erfreulichen Beschluss: «Wir begrüßen diese Nachricht. Die Todesstrafe ist irreversibel, ineffektiv und wirkt nicht abschreckend. Die Art und Weise, wie die Todesstrafe vollstreckt wird, ist schmerzhaft, gewaltsam und unmenschlich und richtet sich in diesem Land überproportional gegen Communities of Color».



25.3.2021 www.amnesty.ch/de/laender/amerikas/usa/dok/2021/usa-virginia-schafft-todesstrafe-ab

Aktivist*innen von Amnesty USA demonstrieren für die Abschaffung der Todesstrafe.
© Amnesty International

Ministerin Deb Haaland als erste Ureinwohnerin im US-Kabinett

Am 17.12.2020 nominierte Präsident Joe Biden Deb Haaland als neue Innenministerin. Eine Mehrheit des Senats bestätigte am 15.3.2021 die Nominierung.

Kritisiert wurde ihre Nominierung von Vertreter*innen der Öl- und Gasindustrie, denn die 60-jährige Mutter einer 1994 geborenen Tochter kündigte an, beim Naturschutz «unerbittlich» zu sein, «die Erzeugung von erneuerbaren Energien fördern» zu wollen und «für uns alle, für unseren Planeten und all unser geschütztes Land» einzutreten. Als Innenministerin untersteht ihr der Schutz bundeseigener Gebiete, darunter Nationalparks und Reservate der indigenen Bevölkerung.



Debra Anne «Deb» Haaland amtiert seit dem 16.03.2021 als Innenministerin der Vereinigten Staaten im Kabinett von US-Präsident Joe Biden. © Wikipedia

Haaland ist selbst Angehörige eines nordamerikanischen indigenen Volks, der Laguna. Viele Vertreter*innen indigener Stämme sehen in der Besetzung des Amts durch Deb Haaland Grund für Hoffnung auf mehr Mitspracherecht und Einigungen zwischen dem Staat und den indigenen Völkern.

Haalands Mutter gehört zum Volk der Laguna, ihr Vater ist norwegischer Abstammung. Deb Haaland erlebte die Pueblo-Kultur während der sommerlichen Aufenthalte bei ihren Grosseltern mütterlicherseits in Mesita, New Mexiko, einem Dorf auf dem Territorium der Laguna im Norden des Bundesstaats. Sie studierte an der University of New Mexiko in Albuquerque und erzielte dort im Jahr 1994 einen Abschluss als Bachelor of Arts in Englisch, 2006 schloss sie zudem ihr Jura-studium an der University of Mexico mit dem akademischen Grad Juris Doctor ab.

https://de.wikipedia.org/wiki/Deb_Haaland

Nachruf auf Heidi Maugué-Aebi (1939–2021)

Agnes Hohl

Aus Genf erreichen uns schon wieder schlechte Nachrichten: Heidi Maugué ist verstorben.

Heidi war nicht weniger als 17 Jahre im Vorstand dabei. Sie trat zusammen mit Lini Culetto 2011 zurück, das bildete eine starke Zäsur für unseren Verein. Sie bildete mit ihrer Zweisprachigkeit die Brücke zur Westschweiz und war mit ihrem juristischen Verstand eine hilfreiche Prüfstation. Sie reiste 2005 mit dem Ehepaar Culetto nach Karelien zu den Russischen Soldatenmüttern. Unvergesslich auch die Sitzung in ihrem Ferienhaus in Vitznau, für die sie uns mit dem Motorschiff abholte. Leider haben wir nie einen Ersatz für sie gefunden. Sie wird uns fehlen.

*Stadt wandern in Petrozavodsk (Karelien)
macht müde*



© Lini Culetto

Heidi Maugué-Aebi, November 2005





Offizielles Banner der CSW65

25 Jahre nach Peking: Gewalt gegen Frauen bleibt ein Thema

Esther R. Suter

UN-Kommission zur Rechtsstellung der Frau

Die virtuelle 65. Session der UN-Kommission zur Rechtsstellung der Frau (CSW) und die NGO-Parallelveranstaltungen erlangten im März eine Rekordbeteiligung mit weit über 25'000 Anmeldungen, also 20% mehr als die geplante Jubiläumsveranstaltung von 2020 erzielte, die dann abgesagt wurde. Die Zivilgesellschaft bot über 700 Parallelveranstaltungen an und die Mitgliedsstaaten hatten 200 Angebote zum Hauptthema: Volle und wirksame Teilnahme von Frauen in Entscheidungen im öffentlichen Leben, sowie die Eliminierung von Gewalt, zum Erreichen von Geschlechtergleichstellung und die Ermächtigung von Frauen und Mädchen und zum Review-Thema: Ermächtigung von Frauen und die Verbindung zu nachhaltiger Entwicklung.

Das Eidgenössische Büro für Gleichstellung (EBG) und das EDA luden (virtuell) – wie seit mehreren Jahren – die Präsident*innen der Schweizer Frauenorganisationen ein für die Vor- und Nachbereitung, wobei offizielle Schweizer Delegierte ausführlich über den Verlauf der Verhandlungen informierten und eine Einschätzung zum Schlussdokument abgaben. Sie hatten vier Prioritäten gesetzt: a) Partizipation von Frauen im öffentlichen Leben und in Entscheidungsprozessen, b) Gewalt gegen Frauen, c) Frauen, Frieden, Sicherheit und d) Digitalisierung und Statistik/Daten.

Ihr Fazit: Fragen zu Geschlechtergleichstellung und Frauenrechten werden weiterhin sehr polarisiert bleiben. Die Delegation machte die Erfahrung, dass sogenannte «like-minded» – ähnlich ausgerichtete – Staaten sich besser koordinieren und geeinter auftreten müssten. Dies wäre gut gewesen gegenüber Russland, das den Prozess bis zum Schluss der Verhandlungen blockierte. Die Schweiz spielt traditionellerweise die Rolle als Brückenbauerin, was dieses Jahr fast unmöglich war, denn die Verhandlungen wurden nicht weitergeführt und die Verabschiedung des gemeinsamen Dokuments in verbindlicher Sprache wurde verschoben. Der Vorsitzende der Session, Mher Margaryan, präsentierte dann einen Text, der im Konsens provisorisch verabschiedet werden konnte. So etwas geschieht sehr selten.

In einigen Seiten- und Parallelveranstaltungen ging es um die Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats. Die Förderung dieser Resolution, Frauen am Tisch der Friedensverhandlungen einzuschliessen, ist bis heute nicht verwirklicht worden. Azza Karam, Generalsekretärin von «Religions for Peace», Muslima (USA/Ägypten) betonte, die RES 1325 sei ein Instrument dafür, dass die Wahrheit ausgesagt werde gegen (ungerechte) Machtverhältnisse. Es brauche diese moralische Präsenz am Verhandlungstisch sowie eine grosse Breite von Interessen. Frauen hätten bewiesen, dass sie zu dauerhaftem Frieden beitragen, wenn sie an Verhandlungen die Möglichkeit dazu haben. Liberias Präsidentin habe im 2011 den Friedensnobelpreis erhalten. Diese Rolle von Frauen bleibe ein Dauerthema als ein (Menschen-)Recht auf Frieden.



PPP-Bild aus der CH-Delegation zur Sitzung

Istanbul Konvention

Die Istanbul Konvention ist ein Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. Seit 2011 ist sie in Kraft und die Türkei trat als eines der ersten Länder bei. Die Schweiz ratifizierte sie 2013. Die Konvention gilt als das umfassendste internationale Übereinkommen mit der Zielsetzung, diese Art von Menschenrechtsverletzungen zu bekämpfen. Sie umfasst Gewaltprävention, Opferschutz, Strafverfolgung und ein koordiniertes Vorgehen. Im März zog sich die Türkei unerwartet aus der

Konvention zurück. Ob dies rechtsgültig ist, wird abgeklärt. Für Frauen ist es eine politische Machtdemonstration. Türk*innen befürchten, dass andere Länder wie zum Beispiel Bulgarien oder Polen einem Dominoeffekt ähnlich nachziehen würden. Für sie ist es ein undemokratisches Vorgehen. Frauen und Mädchen in der Türkei erleiden zunehmend Gewalt, im Extremfall sogar Femizid, d.h. Frauen werden getötet, einfach weil sie Frauen sind. Nun wird ihnen der Schutz entzogen, den die Umsetzung der Konvention garantieren würde. Mit dem 10-Jahr-Jubiläum der Konvention starteten NGOs eine weltweite Solidaritätskampagne für die betroffenen Frauen, der die International Alliance of Women (IAW) beigetreten ist.



Die UN-Jubiläen werden im 2021 – durch die Absage im 2020 – alle virtuell durchgeführt. Das Treffen des «Generation Equality Forum» in Paris wird vom 30.6.–2.7.2021 als Schlussakt des in Mexiko im März begonnenen Auftakts abgehalten. Beteiligt sind Regierungen, Staatsoberhäupter, internationale Organisationen, Zivilgesellschaft, privater Sektor und Jugendorganisationen mit dem «Global Acceleration Plan for Gender Equality», den die IAW unterstützt. Zum ersten Mal fand pandemiebedingt die Vorbereitungstagung (Consultation Day) zur Session nicht nur in New York, sondern zusätzlich in Genf, sowie in der



Bild: Esther R. Sultzer

T-shirt für die Kampagne «Thursdays in Black» – Donnerstags in Schwarz:

Entstanden aus der «Dekade der Kirchen in Solidarität mit den Frauen (1988–98) des ÖRK, in der Berichte von Vergewaltigung als Kriegswaffe, geschlechtsbezogene Ungerechtigkeit, Misshandlung eingebracht wurden. Azza Karam (RFP) will damit Gendergleichstellung und Frauermächtigung als SDG zielführend für Religionen machen, Solidarität stärken und heilende Kräfte freisetzen. Frauen in Liberia trugen Schwarz als Zeichen gegen Gewalt an Frauen. Frauen in Ruanda oder Bosnien, erinnern an den Völkermord und die Verwendung von Vergewaltigung als Kriegswaffe.

Karibik und in Asien virtuell statt. Die Schweizer Vertreter*innen der IAW an der UNO in Genf brachten vorbereitend inhaltliche Vorschläge ein, damit wollten die IAW-Hauptvertreterin Dr. Sibylle von Heydebrand und Dr. Esther Suter (Liaison von IAW mit dem Schweizerischen Verband für Frauenrechte) die Schweiz sichtbarer machen.

Noch zwei andere Streiflichter

Vertrag zum Verbot von Atomwaffen vom Januar 2021

Die Peace Commission der IAW setzt sich ein für diesen neuen Vertrag. Sie hat auch eine Resolution «Fund Health Care, not Warfare» (Gesundheitskosten unterstützen, nicht Kriegskosten) erarbeitet. Mehr Geld soll der Bildung und den Gesundheitssystemen zufließen. Konflikte sollen durch Verhandlungen – mit Frauen am Tisch – gelöst werden. Es stellte sich heraus, dass offizielle Angaben zu CO₂-Emissionen von militärischer Seite in den nationalen Berichten bewusst nicht eingeschlossen, also «inexistent» sind.

Korea 1953: Waffenstillstand, nicht Friedensabkommen.

Auf den Koreakrieg 1950-1953 folgte kein Friedensvertrag, nur ein Waffenstillstandsabkommen. Am 25. Juni 1954 wurde Korea durch die Grossmächte USA und Sowjetunion geteilt. Um die Teilung aufrecht zu erhalten und abzusichern, braucht es bis heute eine ungeheure Menge an Soldaten und Militärinterventionen. Diese stiegen immer mehr an und Südkorea steht mit den Ausgaben weltweit an sechster Stelle. Zwei Drittel der koreanischen Männer zwischen 20 und 30 sind wehrpflichtig. Nach jüngsten Angaben gehen die Militärausgaben zu Lasten der Wohlfahrt, wie zum Beispiel der Ausbildung von jungen Frauen. Die Teilung Koreas hat sich in der Reduktion des Wohlfahrtsbudgets niedergeschlagen. Gleichberechtigung wurde vernachlässigt. Neustens wird die Einforderung von Gleichberechtigung durch obligatorischen Militärdienst von Frauen laut.



PPP von Sohyun Nam, Mai 2021: «Peace in Korea», Bild aus dem Koreakrieg o.A.

New Profile, israelische antimilitaristische NGO

Welche Massnahmen bringen Sicherheit und Frieden? Diese Frage beantwortet jeder Staat auf seine Weise: Israel belegte 2019 im Globalen Militarisierungsindex erneut den Spitzenplatz als der am höchsten militarisierte Staat der Welt. Die Armee prägt zudem auch das zivile Leben, so ist unter anderem das Bildungssystem stark militarisiert. New Profile betrachtet dies nicht als friedensstiftenden Weg, ganz im Gegenteil, ein solches System fördere Gewalt, Sexismus und Rassismus in der Gesellschaft, schwäche demokratische Werte und blockiere den Weg zum Frieden.

Cornelia Lehmann

Es geht um Friedensbildung

New Profile berät und unterstützt Menschen, die sich dafür entscheiden, den Militärdienst zu verweigern oder abzubrechen: Die Organisation begleitet jährlich fast 1000 antragstellende Personen durch den hochkomplizierten Freistellungsprozess. Dies beinhaltet Informationen über zivile Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten, damit die oft mit einer Verweigerung einhergehende Diskriminierung vermieden werden kann. Weiter regt New Profile den politischen Diskurs an: Was sind die Auswirkungen des Militarismus auf die israelische Gesellschaft? Die NGO thematisiert das einerseits in Publikationen, andererseits in Bildungsworkshops und Seminaren, z.B. für Fachpersonen, die mit Jugendlichen arbeiten, corona-bedingt vermehrt online. Letzteres mit dem positiven Effekt, dass mehr Jugendliche und ein breiteres Segment der Gesellschaft erreicht werden konnten. Auf Social Media wurden Beiträge zu Waffenhandel und -tests veröffentlicht und die Kandidat*innen vor den Wahlen auf ihre friedenspolitische Haltung hin durchleuchtet.

Die Israel Defence Forces im Kampf gegen das Corona-Virus

Im Zuge der Corona-Massnahmen dehnte sich der Einfluss von Armee und anderen Institutionen nationaler Sicherheit weiter in den Zivilbereich aus. Der Verteidigungsminister forderte das Gesundheitsministerium auf, die Verantwortung für den Kampf gegen das Coronavirus seinem Ministerium und der Armee (Israel Defence Forces) zu übertragen. Die Armee übernahm Polizeiaufgaben wie Strassenpatrouillen, um Lockdown-Sünder*innen zu identifizieren und arbeitete in verschiedenen Bereichen mit zivilen Akteur*innen zusammen, sei es beim Testen,



unter Quarantäne stellen, im Contact Tracing und im Management von Hotels für Corona-Patient*innen. New Profile steht dieser Entwicklung kritisch gegenüber. Doch zeigt sich damit auch ein Hoffnungsschimmer: Immer mehr Menschen machen sich ernsthaft Gedanken darüber, welche Konsequenzen es auch für sie haben könnte, wenn militärische Präsenz und Kompetenzen ausgeweitet werden.

Vor Kurzem hat der israelische Ministerpräsident Netanjahu Reformen der Armee angekündigt, nachdem die Verzweiflungstat eines 26-jährigen Kriegsveteranen, der sich selbst in Brand gesetzt hatte, öffentliche Bestürzung ausgelöst hat. Diese Tat rückte wieder ins Bewusstsein, dass viele (ehemalige) Armeeangehörige unter posttraumatischen Störungen leiden, viele dabei zu wenig Hilfe erhalten und noch sehr jung sind. Leider ist zu befürchten, dass die Arbeit von New Profile für eine demilitarisierte Gesellschaft, das heisst für Frieden, noch für lange Zeit bitter nötig sein wird.

<https://www.facebook.com/NewProfileOrganization>

<https://twitter.com/NewProfileNGO>

Flyer (der Frauenstimme beigelegt)

Das erste Flüchtlingsparlament der Schweiz

Eine lebendige Demokratie profitiert von der Partizipation aller gesellschaftlichen Gruppen. Der Zugang ist jedoch nicht allen gleichermassen möglich: Insbesondere geflüchtete Menschen erleben häufig, dass Forderungen an sie herangetragen werden, sie aber selber kaum als politische Gestaltungsträger*innen wahrgenommen werden. Wie kann die politische Teilhabe gefördert werden?

Sandra Gasser

Am 6. Juni tagte das erste schweizerische Flüchtlingsparlament in Bern. Im Vorfeld haben sich rund 75 geflüchtete Menschen aus 15 Ländern auf die erste Flüchtlingsession vorbereitet. Mit insgesamt 3 Landessprachen und 19 Kantonen widerspiegeln die teilnehmenden Geflüchteten die Vielfalt der Schweiz. Die Kommissionen bestehen aus je 7 bis 10 geflüchteten Menschen, wobei 2 davon den Vorsitz übernehmen. In den 9 Kommissionen werden von den Geflüchteten gewählte Asylthemen behandelt. So wird über Bildung, die Integrationsagenda, den Flüchtlingsstatus, abgewiesene Asylgesuche sowie Kinderrechte gesprochen.



© de.freepik.com

Geflüchteten Menschen eine Stimme zu geben und ihnen zuzuhören entspricht dem Leitbild des Vereins NCBI Schweiz, welcher sich für den Abbau von Vorurteilen, Rassismus und Diskriminierung jeglicher Art einsetzt und das Ziel verfolgt, ein friedliches und demokratisches Zusammenleben zu fördern. Das Partizipationsprojekt des Vereins «Unsere Stimmen» hat in Zusammenarbeit mit verschiedenen Integrations- und Migrationsorganisationen das Flüchtlingsparlament geschaffen. Seit April dieses Jahres treffen sich geflüchtete Menschen in themenspezifischen Arbeitsgruppen an virtuellen Treffen. Gemeinsam entwickeln sie mit Fachpersonen und Mitgliedern der eidgenössischen Räte politische Vorstösse zu ihren Themen und priorisieren diese. Während der Flüchtlings-session werden die Kommissionen ihre Ergebnisse präsentieren, die Berichte der anderen Arbeitsgruppen kritisch kommentieren, anpassen und verabschieden. Diese werden von Parlamentsmitgliedern und Vertreter*innen relevanter Institutionen entgegengenommen, kommentiert und fliessen dann in den politischen und öffentlichen Diskurs ein. Die Ergebnisse werden von den Teilnehmenden des Flüchtlingsparlaments am Montag, dem 21. Juni 2021 an einer öffentlichen Veranstaltung in Bern präsentiert.

Das Flüchtlingsparlament hat zum Ziel, die schweizerische Bevölkerung auf die Probleme geflüchteter Menschen und ihre Lösungsideen aufmerksam zu machen – allen voran die Parlamentsmitglieder, welche die Macht haben, Entscheidungen zu fällen, die geflüchtete Menschen betreffen. Im Weiteren kann die Flüchtlings-session genauso wie die Jugendsession der politischen Bildung dienen. Die Beteiligten erleben, wie die Institutionen funktionieren, lernen die Gesetzgebung kennen, können sich austauschen und bekommen dadurch ein politisches Bewusstsein. Für Jugendliche kann eine solche Erfahrung zur Erkenntnis führen, dass der Einstieg in die Politik leichter ist als gedacht und für geflüchtete Menschen bildet diese Teilhabe ein Fundament, auf dem sie aufbauen können.

Quelle: NCBI Schweiz. Medienmitteilung. «Unsere Stimmen zählen auch!» Das erste Schweizer Flüchtlingsparlament tagt am 6.Juni in Bern.

URL: <https://www.ncbi.ch/wp-content/uploads/Medienmitteilung-Fluechtlingsparlament-20210519.pdf> (6.Juni 2021)

Jineth Bedoya: «Jetzt ist nicht die Zeit zu schweigen»

Cornelia Lehmann



Heinrich-Böel Stiftung: Foto: stephan-roehl.de

Jineth Bedoya

Jineth Bedoya gegen Kolumbien: Die kolumbianische Journalistin stand im März 2021 vor dem Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte. Sie hat gegen den Staat geklagt, damit er seine Verantwortung für die Verletzung ihrer Menschenrechte übernehme, nach Jahren halbherziger Ermittlungen. Vor über 20 Jahren, am 25. Mai 2000, war sie entführt, gefoltert und vergewaltigt worden.

Jineth Bedoya recherchierte damals zu Waffenhandel und Gewaltverbrechen, zu kriminellen Aktivitäten, die in einer staatlichen Justiz-Vollzugsanstalt stattfanden und in welche Paramilitärs, Guerilla und Vertreter des Staates verwickelt waren. Wegen ihrer Investigationen wurde die junge Reporterin bedroht, bis zur grausamen Eskalation, dass sie auf dem Weg zum Interview mit einem ranghohen Paramilitär bei der Haftanstalt entführt und vergewaltigt wurde. Das Treffen war ihr von Seiten der Sicherheitsbehörden angeboten worden.

2009 ist Jineth Bedoya an die Öffentlichkeit gelangt und hat berichtet, was ihr angetan worden war und welche enorme Kraft es erfordert, Vergewaltigungen auch psychisch zu überleben. Vielleicht ist es ihr selbst nur deshalb gelungen, weil sie ihren Schmerz verwandelt hat, wie sie sagt, und eine Kampagne ins Leben rief: «No es hora de callar.» Auf Deutsch: «Jetzt ist nicht die Zeit zu schweigen.»

Sie wurde die Stimme für Tausende Frauen und Mädchen, die während des Konflikts in Kolumbien der Gewalt ausgeliefert waren, für den Aufschrei gegen sexuelle Gewalt als Kriegswaffe und gegen die systemische Straflosigkeit. Der 25. Mai ist heute kolumbianischer «Nationaler Tag für die Würde der weiblichen Opfer sexueller Gewalt». Ein Zeichen, doch das reicht nicht. Weder in Kolumbien noch anderswo. Das Urteil im Fall «Bedoya gegen Kolumbien» könnte im November 2021 fallen.

www.boell.de/de/2018/03/23/zu-sprechen-hat-uns-fast-das-leben-gekostet

Nawal El Saadawi

Gabriela Niane Sykora

«Einige sagen, sie habe die Kraft, einen Krieg zu verursachen oder eine Regierung zu stürzen.»

Nawal El Saadawi war eine ägyptische feministische Schriftstellerin, Aktivistin und Ärztin. Als zweitälteste von 9 Geschwistern rebellierte sie schon früh gegen die von Männern dominierte Gesellschaft in ihrem Umfeld. Als 6-Jährige wurde sie, wie alle Mädchen, beschnitten und die davongetragenen



© Kristina Budelis

Nawal El Saadawi

Wunden, die, wie sie sagte, ihre Seele für immer verletzten, führten dazu, dass sie während ihres ganzen Lebens vehement gegen diese Praxis kämpfte.

Später arbeitete sie als Ärztin an ihrem Geburtsort Kafr Taha, wo sie versuchte, eine Patientin vor den Misshandlungen ihres Ehemanns zu schützen. Die Frau wurde polizeilich zu ihrem Ehemann zurückgebracht und beging kurz später Selbstmord. Das Innenministerium schrieb daraufhin, dass El Saadawi die moralischen Werte nicht respektiere und Frauen aufhetze, gegen die göttlichen Gesetze des Islam zu rebellieren. Sie arbeitete als Direktorin im Gesundheitsministerium von Kairo. Nach der Publizierung von ‚Frauen und Sexualität‘ über Gewalt an Frauen und Beschneidung wurde sie entlassen und erhielt ein Publikationsverbot. Unter Präsident Sadat wurde sie als Oppositionelle verhaftet und schrieb im Gefängnis auf Toilettenpapier ihre Memoiren. Als sie dann von Fundamentalisten Morddrohungen erhielt, lebte sie einige Jahre im Exil in den USA, wo sie an diversen Universitäten dozierte. Sie kehrte nach Kairo zurück, wo sie unermüdlich weiter für ihre Ideale kämpfte. Am 21. März 2021, dem arabischen Muttertag, ist die ‚Löwin vom Nil‘ 89-jährig verstorben. «Mach weiter! Ich bin eine normale Frau des Landes. Sie haben mich unter Druck gesetzt, mir mit Gefängnis gedroht, meinen Namen verleumdet, aber ich bleibe meinen Überzeugungen und Worten treu.»

Egypt's Voice of Freedom, Real Stories, Youtube

Agnès Callamard

Gabriela Niane Sykora



© Reuters, Denis Balibouse

Agnès Callamard

Dr. Agnès Callamard ist seit April dieses Jahres die neue Generalsekretärin von Amnesty International. Als UNO-Sonderberichterstatteerin für aussergerichtliche, summarische und willkürliche Hinrichtungen hat sie die Untersuchung zum Mord am saudi-arabischen Journalisten Jamal Khaschoggi geleitet. Nachdem Agnès Callamard glaubhafte Beweise erbracht hatte, dass der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman verantwortlich für den Mord

sei, erhielt sie, anlässlich eines Treffens zwischen UN-Beamten und saudischen Diplomaten in Genf im Januar 2020, angeblich Morddrohungen.

Callamard reagierte gelassen auf die Morddrohungen. «Wissen Sie, diese Drohungen funktionieren bei mir nicht. Also ich möchte nicht zu mehr Drohungen aufrufen. Aber ich muss tun, was ich tun muss. Es hat mich nicht davon abgehalten, zu tun, was ich denke, dass das Richtige ist.» Mittlerweile ist erreicht worden, dass zum Beispiel in Deutschland «Reporter ohne Grenzen» den Kronprinz verklagt haben.

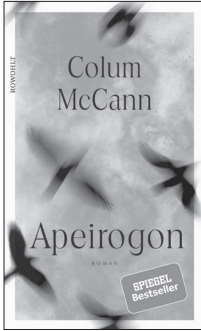
Seit 2013 leitet Agnès Callamard an der Columbia University das Projekt «Global Freedom of Expression» und gilt als Expertin für Meinungsäusserung, Geschlechtersensibilität und extralegale Hinrichtungen. Von 1995 bis 2001 war sie Kabinettsdirektorin des Generalsekretärs von Amnesty International und leitete als Koordinatorin für Forschungspolitik die Arbeit von Amnesty im Bereich der Frauenrechte. Bei der Bekanntgabe der Ernennung zur Generalsekretärin wurde gesagt, sie sei besonders qualifiziert für diese Aufgabe, da sie sowohl über umfassende, weltweite Menschenrechtserfahrung verfüge, als auch über «intellektuelle Schärfe und eine mutige Stimme.»

dw.com, News, 24.3.21

Amnesty.ch, Agnès Callamard wird neue Generalsekretärin von Amnesty International, 29.3.21

Colum McCann: Apeirogon

Cornelia Lehmann



Colum McCann, ein in New York lebender Ire, hat dieses ausserordentliche Buch geschrieben. Der Israeli Rami Elhanan und der Palästinenser Bassam Aramin haben beide ihre Tochter durch eine Gewalttat verloren: Smadar starb mit dreizehn Jahren bei einem palästinensischen Selbstmordattentat, die zehnjährige Abir wurde durch das Gummigeschoss eines israelischen Grenzsoldaten getötet. Der Roman erzählt ihre Geschichte, den Einsatz der beiden Männer für Verständigung und Frieden und führt weit darüber hinaus.

Apeirogon ist ein wunderbares Kaleidoskop aus 1001 kurzen poetischen, informativen, traurigen Kapiteln. Durch sie tun sich immer wieder andere Blickwinkel auf, und die eigene Sichtweise verliert einiges an Beschränktheit. Dass dies dem Autor gelingt, hat mich schlichtweg begeistert. Ebenso, wie durch die verschiedenartigen Mosaikteilchen ins Bewusstsein dringt, wie sehr alles mit allem verwoben ist.

Bassam Aramin und Rami Elhanan sind Freunde geworden, gehören zum «Parents Circle», einer Organisation für Palästinenser*innen und Israeli*innen, die im Nahost-Konflikt Angehörige verloren haben und die Frieden wollen. «Es wird erst vorbei sein, wenn wir reden.» Sie erzählen ihre Geschichte, wiederholen sie wieder und wieder, an möglichst vielen Orten der Welt. Auch vor Menschen, die ihnen nicht zuhören. Auch wenn versucht wird, sie zu instrumentalisieren, ihre Anliegen in Schubladen zu ordnen. «Jenseits von Richtig und Falsch liegt ein Ort; dort treffen wir uns», ist eine ihrer Botschaften.

Was hilft gegen den Krieg und den Hass? Darüber sprechen. Zuhören. Bestimmt auch dieser bewegende Roman: «Alles ist möglich, sogar das scheinbar Unmögliche.»

Lest dieses Buch!

*Apeirogon von Colum McCann, Rowohlt Verlag 2020
theparentscircle.org*

Peter C. Gøtzsche: Tödliche Medizin und organisierte Kriminalität

Doris Schindler



Wir setzen uns momentan mit Covid-19 und den Folgen dieser Pandemie auseinander. Für manche ist dies vielleicht ein Anlass, sich eingehender mit jener Industrie zu befassen, die uns Impfstoffe und Medikamente liefert. Gøtzsches Buch lädt dazu ein.

Um es vorweg zu nehmen: Wer dieses Buch nach der Lektüre zusammenfassend erzählt, würde ihn wohl sofort als «Verschwörungstheoretiker» kategorisieren.

Doch Peter Gøtzsche ist ein Autor, der die Interna der Pharmageschäfte kennt wie kaum ein anderer. Er arbeitete viele Jahre selbst für Pharmaunternehmen, führte klinische Studien für diese durch und kümmerte sich um die Zulassung von Medikamenten. Ein Leben lang setzt er sich mit wissenschaftlicher Forschung zur Wirksamkeit von Medikamenten auseinander und ist Professor für klinisches Forschungsdesign an der Universität Kopenhagen.

Was in diesem Buch zu lesen ist, schockiert. Pharmakonzerne korrumpieren laut Gøtzsche die Wissenschaft systematisch, indem sie den Nutzen ihrer Medikamente übertreiben und den Schaden herunterspielen. Die Unterlassungen und Verfehlungen der Pharmaunternehmen in der Medikamentenvertriebung lesen sich tatsächlich spektakulärer als die Machenschaften der organisierten Kriminalität. Die Profite, die dabei auf dem Spiel stehen, sind riesig.

Er dokumentiert die Strategien, welche die Unternehmen dabei anwenden, genauestens. Sie beinhalten wiederholte Straftaten wie: Erpressung, Betrug, Drogenhandel, Bedrohung von Justiz und Polizei, Bestechung und Korruption von Ärzt*innen, Spitalern, Patientenorganisationen, Medien und Politiker*innen.

Fast alle Studien zu Nutzen und Nebenwirkungen von Medikamenten werden von Pharmaunternehmen selbst durchgeführt und wie Geschäftsgeheimnisse behandelt. Unabhängige, objektive, dem Gemeinwohl verpflichtete Medikamentenkontrolle hat einen marginalen Stellenwert. Die Firmen sind nicht verpflichtet, die ursprünglichsten Daten (Rohdaten) unabhängigen Kontrollleur*innen und der Öffentlichkeit vorzuweisen. Selbst den zuständigen Zulassungsbehörden für Medikamente müssen sie keine Rohdaten aushändigen.

Ohne Zugang zu diesen Daten jedoch können viele Manipulationen von Studien zu Gunsten der Pharmaunternehmen nicht erkannt werden.

Grundsätzlich beruht die Kontrolle von Medikamenten also nicht auf Transparenz, sondern auf Vertrauen diesen Firmen gegenüber. Dieses auch politisch propagierte Vertrauen wiederum wirkt im Kontext der oben angeführten Vergehen zynisch. Pharmafirmen sind mehrfach vorbestrafte Wiederholungs-täter*innen. Pfizer (s. BioTech/Pfizer) beispielsweise zahlte im grössten Vergleich in der Geschichte der amerikanischen Justiz 2,3 Milliarden Dollar Strafe wegen Betrug mit illegaler Vermarktung von vier Medikamenten. Das Unternehmen musste in der Folge auch ein Abkommen über Unternehmensintegrität unterzeichnen.

L. Lutwalk, ein Wissenschaftler der amerikanischen Zulassungsbehörde für Arzneimittel FDA, macht folgende Aussage: «Wenn die Amerikaner*innen ein wenig darüber Bescheid wüssten, was sich in der FDA abgespielt hat, würden sie nichts anderes mehr als Aspirin einnehmen.» Bei der europäischen Zulassungsbehörde ist der Sachverhalt derselbe.

Das Buch von Gøtzsche enthält Seite für Seite Fakten und geht dabei ins Detail. Nicht einfach zu lesen, für Laien. Doch das Buch lässt sich auch punktuell ertragreich lesen.

Medikamente sind laut Gøtzsche die dritthäufigste Todesursache nach Krebs und Herzkrankheiten. Natürlich kann man dem entgegenhalten, die schwerwiegenden Schäden, die durch Medikamente verursacht werden, seien bei den riesigen verabreichten Mengen relativ klein.

Unser aller Fokus liegt momentan auf einer relativ kleinen Anzahl von Kranken und Toten verursacht durch ein Virus. Zum Schutz der Bürger*innen wird ein unermesslicher Aufwand betrieben.

Die Opfer der Pharmaindustrie sind um einiges zahlreicher und nicht minder tragisch. Für mich stellt sich nach der Lektüre dieses Buches die Frage: Wieso wird nicht einmal ein Promille des Efforts, der zur Bekämpfung dieser Pandemie eingesetzt wird, in die Sicherheit von Medikamenten investiert? Es zeigt sich: Es müsste eine unabhängige, transparente Medikamentenkontrolle geschaffen werden, welche **alle Daten** jederzeit öffentlich zugänglich macht. Von den Pharmafirmen ist diese Sicherheit nicht zu haben. Diese haben sich international längst schon gegen eine öffentliche Kontrolle abgesichert.

P. C. Gøtzsche. Tödliche Medizin und organisierte Kriminalität

Weitere Quelle: «Misstrauen gegen Impfersteller kommt nicht von ungefähr», INFOsperber, 3.5.2021, www.infosperber.ch

Julia Leeb: «Menschlichkeit in Zeiten der Angst»

Francine Perret



Julia Leeb, Kriegsreporterin und Fotografin, interessiert sich für Orte, aus denen keine Informationen gelangen, wo keine Journalist*innen hinreisen und wo es für Gräueltaten keine Zeug*innen gibt. Seit über 10 Jahren begibt sie sich an die dunkelsten Orte dieser Welt: Zu den Warlords im Kongo, ins abgeschottete Nordkorea, als Kriegsberichterstatterin nach Libyen und Ägypten während der Revolution. Sie erfährt hautnah, wie sich Menschen in Extremsituationen verhalten und geht den Fragen nach:

Was bedeutet Leben im Kriegszustand? Woher schöpft man Hoffnung in einem nicht enden wollenden Konflikt?

2015 ist Julia Leeb im Kongo, wo jede dritte Frau Opfer einer Vergewaltigung ist und trifft dort auf Mama Masika, welche nach selbst erlebtem Gräueltat ein Refugium für Tausende von Vergewaltigungsoptionen aufgebaut hat. Hier haben diese Frauen die Möglichkeit, sich zu erholen und ihre Kinder zur Welt zu bringen. 2017 sitzt sie in einem Frachtflugzeug, welches Medikamente zu Dr. Tom Catenga und seiner Frau Nasima in die Nubaberge bringt. Sie sind die einzigen, welche für eine Million Menschen ärztliche Behandlung anbieten, das Spital wird regelmässig bombardiert, trotzdem machen die beiden weiter. Julia Leeb wollte und will auch eine andere Seite des Kriegs zeigen, denn, wer kocht, wer heilt, wer unterrichtet? Diese stillen Held*innen kommen nie zu Wort. Ein Teil des Krieges wird nie erzählt, das ist die Menschlichkeit. In allen Krisengebieten sind es vor allem die Frauen, die einen Weg der Hoffnung und Zuversicht aus der Gewalt und Unterdrückung zeigen, wie Ortense, welche mit Hilfe einer Stiftung eine Schule im Ostkongo gegründet hat.

Für ihre Furchtlosigkeit bezahlt Julia Leeb einen hohen Preis: 2011 ist sie in Libyen, als der Aufstand gegen Qaddafi stattfindet. Auf dem Weg in die vermeintlich befreite Stadt Brega gerät sie mit ihren Begleitern unter Granatenbeschuss und überlebt wie durch ein Wunder. Im arabischen Frühling 2012 berichtet sie auf dem Tahirplatz über die Massendemonstrationen und wird, wie andere Journalistinnen auch, von einem Mob Männer verschleppt und misshandelt, doch am nächsten Tag steht sie wieder auf dem gleichen Tahirplatz.

Menschlichkeit in Zeiten der Angst, 2. Auflage, 2021 Suhrkamp, ISBN 978-3-518 -47075-6

Gewalt ist Gewalt ist Gewalt

Monika Stocker

Was sich wie eine Studie mehr liest, ist einfach nur ein grauenhafter Krieg, weltweite strukturelle Gewalt in höchstem Mass!

Laut dem Bevölkerungsfonds der UNO haben 47% aller Mädchen und Frauen kein Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper: Genitalverstümmelung, Kinderheirat, Verheiratung von jungen, z.T. minderjährigen Mädchen mit verwitweten alten Verwandten, kein Zugang zu Geburtshilfe, kein Zugang zu Empfängnisverhütung, kein Zugang zu medizinisch gynäkologischer Hilfe. Das sind Millionen von Opfern, Mädchen und Frauen im 21. Jahrhundert, tagtäglich.

Manchmal weiss ich nicht mehr, wo ich solche grauenhaften Erkenntnisse «versorgen» kann. Es gibt keinen Ordner, es gibt keine Kommode, es gibt keinen Raum, wo man sie ablegen kann. Man müsste auf allen grossen Plätzen der Weltstädte stehen und schreien, einfach schreien, bis das endlich aufhört.

Kann es denn aufhören? Gehört nicht die Gewalt, die strukturelle Gewalt des Patriarchats, zur Geschichte der Menschen, zu unserer Kultur? Haben nicht über Jahrhunderte die Religionen diese Gewalt mitgeprägt, ja gutgeheissen als von der Natur gegeben? Die Unterdrückung der Frau, die Instrumentalisierung der Sexualität, ist ein blutroter Faden! Er ist noch heute da, oft mehr denn je. Er beherrscht die Gerichtssprechung nach Vergewaltigungen (Beweislast liegt beim Opfer), er erwürgt die armen Frauen, für die Prostitution der letzte scheinbare Ausweg ist, er macht die Psyche kaputt, verletzt die Körper bis ins Innerste, demütigt die Opfer aller Kriege durch die Beuteorgien der Sieger, zerstört das Bewusstsein der Frauen, hier und weltweit, auch heute noch. Wann, wann, wann hört das denn auf???

Unsere Projekte

Die Frauen für den Frieden unterstützen und fördern folgende Projekte (in alphabetischer Reihenfolge):

- Afghanistan: Afghanistanhilfe Schaffhausen
- Bosnien-Herzegowina: Lehrgang «Personal Business Skills» für arbeitslose Frauen zur Chancenerhöhung bei der Stellensuche
- Indien: Gesundheitszentrum in einem Slum von Bangalore
- Marokko: Hilfe für Mütter mit Kindern im Gefängnis und ihre soziale und berufliche Wiedereingliederung in die Zivilgesellschaft nach der Entlassung
- Palästina/Israel: Gemeindepflegerinnen-Schule, Peace Education mit Sumaya Farhat-Naser, New Profile in Israel und das Jugendtrainingsprogramm von Neve Shalom

Wir stehen in regelmässigem Kontakt mit den Projekten und kontrollieren die finanziellen Bezüge. Wir sind für jede Unterstützung sehr dankbar. Mehr Informationen unter www.frauenfuerdenfrieden.ch.

Legate

Knüpfen Sie die Menschenkette, die Friedenskette, die Projektkette weiter. Berücksichtigen Sie mit Ihrem Testament Menschen und Institutionen, die Ihnen besonders wichtig sind.

Erbschaften und Legate sind ganz besondere Spenden. Die FfdF Schweiz verwenden sie mit grossem Respekt. Wir können dadurch unsere Projekte langfristig planen und ausrichten. Bereits kleine Summen stärken Frauen und öffnen Perspektiven.

Redaktionsteam

Sandra Gasser	Tel. 079 509 48 02, sandrag@bluewin.ch
Doris Schindler	Tel. 077 438 03 42, doris.schindler@bluewin.ch
Agnes Hohl	Tel. 077 474 61 84, agnes.hohl@bluewin.ch
Cornelia Lehmann	Tel. 044 930 05 70, cornelia.lehmann@gmail.com
Francine Perret	Tel. 031 971 63 52, francine.perret@bluewin.ch
Gabriela Niane Sykora	Tel. 078 855 68 89, selimagabriela@gmail.com

Redaktion

Agnes Hohl, agnes.hohl@bluewin.ch

Layout

Nextforce GmbH i.v. Bri Vonarburg, bri@frauvonarburg.ch

Lektorat

Raffaella Kristmann, kristmann@balcab.ch

Druck

Maxiprint.ch, Multicolor Print AG, 9450 Altstätten

Publikation

4-mal jährlich

Auflage

600 Exemplare

Abonnementspreise

Für Mitglieder von Frauen für den Frieden im Jahresbeitrag von Fr. 70.– inbegriffen, für Nichtmitglieder Fr. 30.–pro Jahr

Einzelnummer

Fr. 5.– plus Versandkosten
Die Frauenstimme kann auch als elektronische Ausgabe bestellt werden.

Bestellungen

Frauen für den Frieden Schweiz,
Suzanne Schwarz
Tel. 044 945 07 25,
sekretariat@frauenfuerdenfrieden.ch
www.frauenfuerdenfrieden.ch
PC 40-163632-2

**Die nächste Ausgabe erscheint im Oktober 2021 mit dem Thema
Medien und Kommunikation**

Die Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder; grundsätzlich ist die/der jeweilige AutorIn für ihren/seinen Beitrag selbst verantwortlich.

**«Wenn die ganze Welt
schweigt, kann auch eine
Stimme mächtig sein.»**

Malala Yousafzai
Friedensnobelpreisträgerin 2014

*Zitat aus ihrem Buch «Ich bin Malala»,
Knaur, München, 2013*



Femmes pour la Paix
Frauen für den Frieden
Donne per la Pace
Woman for Peace

Frauen für den Frieden Schweiz
Oberwilerstrasse 50
4054 Basel
Telefon 044 945 07 25
sekretariat@frauenfuerdenfrieden.ch
www.frauenfuerdenfrieden.ch
PC-40-163632-2